

BEBAUUNGSPLANÄNDERUNG - WANNE ZENTIRUM -

356

ÜBERSICHT M:1:5000

Stückliste

WALDHAUSEN

B. WASSERL. NW 200

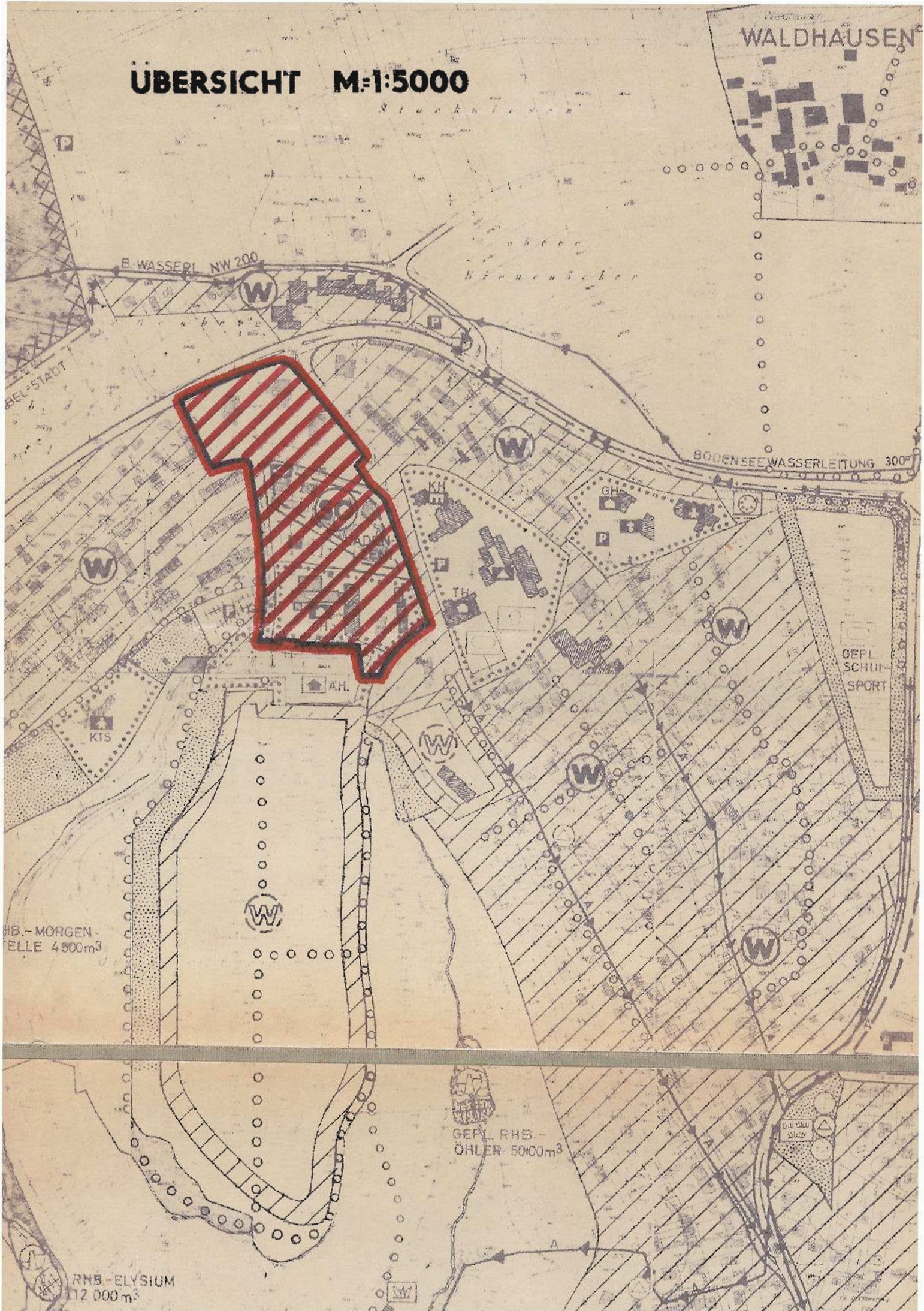
BODENSEE WASSERLEITUNG 300

GEPL. SCHUL-
SPORT

HB.-MORGEN-
ELLE 4500m³

GEPL. RHB-
OHLER 5000m³

RHB-ELYSIUM
12 000m³



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN:

A. Planungsrechtliche Festsetzungen

§ 9 A (1) Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23.6.1960 und §§ 1-23

der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung vom 26.11.1968 in Verbindung mit der Landesbauordnung.

1. Art der baulichen Nutzung

§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 a und 1 e BBauG

Das ausgewiesene Sondergebiet wird als "Ladenzentrum" festgesetzt. Zulässig sind Läden, Schank- und Speisewirtschaften, Dienstleistungsbetriebe, Wohnungen. Ausnahmesweise können Tankstellen und kleine Handwerksbetriebe zugelassen werden.

Das Baugrundstück für den Gemeinbedarf wird für "Einrichtungen der Altenpflege" ausgewiesen.

2. Maß der baulichen Nutzung

§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 a BBauG und § 16 Abs. 2 BauNVO

Siehe Planeintrag!

Im Sondergebiet wird die Nutzung zusätzlich durch die festgelegte maximale Gebäudehöhe über NN begrenzt (siehe Eintrag)

Mit technischen Aufbauten darf diese festgelegte Gebäudehöhe um max. 2 m überschritten werden.

3. Bauweise

§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 b BBauG

Siehe Planeintrag!

Als besondere Bauweisen (b) werden festgesetzt:

b₁: offene Bauweise, jedoch Gebäudelängen bis zu 80 m zulässig.

b₂: halboffene Bauweise, einseitige Grenzbebauung soweit der ausgewiesene Baustreifen dies zuläßt.

4. Stellplätze und Garagen

§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 e BBauG

Soweit Flächen für Stellplätze und Garagen auf den Grundstücken ausgewiesen, sind sie verbindlich. Zusätzliche notwendige Stellplätze und Garagen können im Rahmen von § 23 Abs. 5 BauNVO i.V. mit § 7 Abs. 3 LBO zugelassen werden.

5. Gehrechte

§ 9 Abs. 1 Ziff. 11 BBauG

Die ausgewiesenen Gehrechte dienen der Sicherung des öffentlichen Zuganges zu den Geschäften sowie des privaten Zuganges zu Wohnungen und Geschäften. Das ausgewiesene Fahrrecht dient der Sicherung der Zufahrt zu den landwirtschaftlichen Grundstücken. Die ausgewiesenen Leitungsrechte dienen der Einlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen.

Die Inanspruchnahme der Flächen ist durch eine Grunddienstbarkeit zwischen Eigentümer und Begünstigten zusätzlich zu regeln.

B. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

§ 111 der Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 11.4.1972.

1. Werbeanlagen

Freistehende Werbeanlagen und Werbeanlagen auf den Dachflächen sind nicht zulässig. Freistehende Werbeanlagen können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie in Verbindung mit Nebenanlagen angebracht sind, oder wenn sie Tankstellen oder Apotheken zugehören.

VERFAHRENSVERMERKE:

AUFSTELLUNG UND ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG:

DER BEBAUUNGSPLAN WURDE GEMÄSS § 2 ABS.1 B. BAU G. VOM GEMEINDERAT
AUFGESTELLT UND SEINE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG GEMÄSS § 2 ABS.6 B. BAU G.
AM 6. DEZ. 1976 BESCHLOSSEN.

7. JAN. 1977

8. FEBR. 1977

DER BEBAUUNGSPLAN MIT BEGRÜNDUNG HAT VOM BIS
ÖFFENTLICH AUSGELEGEN.

SATZUNGSBESCHLUSS:

DIESER BEBAUUNGSPLAN IST VOM GEMEINDERAT AM 9. APRIL 1979 ALS SATZUNG
GEMÄSS § 10 B. BAU G. BESCHLOSSEN WORDEN. FASSUNG VOM 25. AUG. 1979

GENEHMIGUNG:

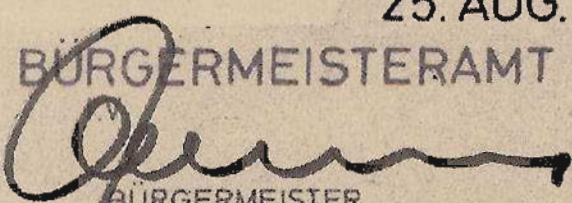
DIESER BEBAUUNGSPLAN IST GEMÄSS § 11 B. BAU G. MIT ERLASS NR. 13-43/3005.2-1073/79
DES
REGIERUNGSPRÄSIDIUMS TÜBINGEN AM 21. JUNI 1979 GENEHMIGT WORDEN.

INKRAFTTRETUNG:

DIE ÖFFENTLICHE AUFLAGE DES GENEHMIGTEN BEBAUUNGSPLANES MIT BEGRÜNDUNG
IST AM 11. JULI 1979 GEMÄSS § 12 B. BAU G. ORTSÜBLICH BEKANNT GEMACHT WORDEN.
MIT DIESER BEKANNTMACHUNG WIRD DER BEBAUUNGSPLAN RECHTSVERBINDLICH.

TÜBINGEN, DEN 10. NOV. 1976
25. AUG. 1978. (NEUFASSUNG)

BÜRGERMEISTERAMT


BÜRGERMEISTER

STADTPLANUNGSAMT


STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSUNGSAMT


STADTOBERVERMESSUNGSRAT

TIEFBAUAMT
TIEFBAUAMT


STADTBAUDIREKTOR
Stadtoberbeurteil

GENEHMIGT MIT VERFÜGUNG

VOM 21.6.79 Nr. 1073/79

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

TÜBINGEN, DEN 21.6.79



Tübinger Höhen

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.